

"Wir ordnen uns den Medien unter"

Er wollte auf Konjunkturprognosen verzichten. Jetzt sagt Klaus Zimmermann uns wieder die Zukunft voraus. Warum? von Marc Brost und Mark Schieritz

DIE ZEIT: Professor Zimmermann, in der Krise haben Sie gefordert, auf Konjunkturprognosen zu verzichten. Jetzt sagen Sie wieder die Zukunft voraus. Haben Sie aus der Krise denn nichts gelernt?

Klaus Zimmermann: Das war im Dezember 2008, in der Mitte des freien Falls der Konjunktur. Ich habe damals gesagt, wir sollten besser zunächst einmal zuwarten, bevor wir wöchentlich neue Prognosen machen. Mir ging es vor allem darum, mit düsteren Prognosen die Bürger nicht noch mehr zu verunsichern. Die Wirtschaftsentwicklung vorherzusagen ist etwas anderes, als ein Erdbeben vorherzusagen. Ein Erdbeben kümmert sich nicht um Prognosen, es kommt, oder es kommt nicht. Bei Wirtschaftsprognosen ist das anders: Die Bürger orientieren sich an Vorhersagen, sie geben zum Beispiel weniger Geld aus, wenn eine tiefe Krise droht. Eine düstere Prognose kann die Krise also erst richtig verschlimmern. Im Übrigen sind Konjunkturprognosen immer schon sehr unzuverlässig gewesen. Es gilt eine einfache Lebensweisheit: Man muss auch mal zugeben können, dass man nichts weiß.

ZEIT: Wissen alle Ökonomen, dass sie nichts wissen?

Zimmermann: Bezogen auf Konjunkturprognosen: ja. Die Unsicherheitsbereiche sind sehr groß, und Wendepunkte sind praktisch nicht prognostizierbar. Das weiß jeder, der sich mit der Sache beschäftigt, auch die Medien.

ZEIT: Wir sollten Prognosen also bleiben lassen?

Zimmermann: Nein, wir sollten nur dazu sagen, wann sie wissenschaftlich begründet sind und wann sie gehobene Unterhaltung, intelligente Spekulationen darstellen. Die Konjunkturentwicklung über ein Jahr hinaus zuverlässig vorauszusagen ist generell sehr schwierig, wenn nicht unmöglich. Wir sollten auf mittelfristige Punktprognosen ohne Bandbreiten verzichten – die Ökonomen genauso wie die Journalisten. Bei sehr kurzfristigen Voraussagen, etwa für drei oder sechs Monate, sieht es anders aus, weil man sehr viele Daten hat und schon ein sehr außergewöhnliches Ereignis braucht, um in der Vorhersage danebenzuliegen. Ganz langfristige Prognosen wiederum sind ja lediglich Trendaussagen und damit ebenfalls unproblematisch.

ZEIT: Was sagt das über Ihre Zunft aus, dass alle dennoch weitermachen?

Zimmermann: Dass wir uns sehr stark den Bedürfnissen der Medien, der Öffentlichkeit unterordnen.

ZEIT: Sie sind alle mediengeil?

Zimmermann: Das klingt mir zu hart. Die Medien sind Teil des Spiels. Sie verlangen geradezu nach konkreten Aussagen über die Zukunft.

ZEIT: Warum machen ausgerechnet Sie da mit? Sie könnten auch Nein sagen.

Zimmermann: Das kann ich nicht allein. Wir beim DIW haben unsere Prognosen eine Zeit lang mit Wahrscheinlichkeiten versehen, um den Unsicherheitsgrad deutlich zu machen. Das hat niemanden interessiert. Eine konkrete Zahl lässt sich gut verstehen. Es ist aber unsinnig, die Komplexität der Welt in einer aufs Komma genauen Wachstumsprognose zu erfassen. Wir sollten darauf verzichten. Das geht nicht ohne die Medien!

ZEIT: Dann reden wir doch mal über die Zukunft, ohne auf eine Zahl zu starren: Werden wir schon bald Vollbeschäftigung haben, wie es der Wirtschaftsminister jetzt verkündet?

Zimmermann: Ich glaube, dass Vollbeschäftigung prinzipiell möglich ist – definiert als eine Arbeitslosenquote von weniger als vier Prozent oder deutlich weniger als zwei Millionen Arbeitslose. Allein aus demografischen Gründen schrumpft künftig die Arbeitsbevölkerung jedes Jahr um 250.000, auch das hat Folgen für die Zahl der Arbeitslosen. Ein Teil der jetzt Arbeitslosen wird aber auch im Aufschwung nur schwer einen Arbeitsplatz finden, weil er nicht die richtigen Qualifikationen hat. Etwa 50 Prozent der Langzeitarbeitslosen haben keinen Schulabschluss. Dagegen werden wir bei Fachkräften schon bald einen Mangel haben, auch deshalb ist Zuwanderung so wichtig.

ZEIT: Der Chef der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, sagt, wir sollen zuerst im Inland ausbilden, bevor wir die Grenzen öffnen.

Zimmermann: Herr Weise macht einen guten Job, aber hier irrt er. Es spricht zwar nichts dagegen, Fachkräfte im Inland zu qualifizieren. Wir brauchen auch eine bessere Kinderbetreuung, Ganztagschulen und vieles mehr. Es werden aber Jahre vergehen, bis das greift. So lange können wir nicht warten. Wenn wir uns jetzt nicht als Zuwanderungsland etablieren, werden wir in ein paar Jahren, wenn der globale Kampf um die klugen Köpfe beginnt, leer ausgehen.

ZEIT: Auch am anderen Ende der Einkommensskala will die Regierung handeln. Die Arbeitsministerin erwägt, die Hartz-IV-Sätze anzuheben.

Zimmermann: Ich halte es für richtig, etwas für Kinder zu tun. Das darf Geld kosten. Man muss aber sicherstellen, dass diese Mittel den Kindern zugute kommen, etwa in Form von Gutscheinen für Kindergärten. Bargeld wäre falsch.

ZEIT: Und höhere Regelsätze für Erwachsene?

Zimmermann: Sind problematisch, denn die Anreize zur Aufnahme einer Arbeit sinken, wenn die Menschen mehr Geld vom Staat erhalten. Das ist jetzt schon ein Problem. Die Regelsätze sollten bleiben, wie sie sind.

ZEIT: Wenn die Ökonomen schon bei den Prognosen danebenliegen, weshalb sollte die Politik solchen Ratschlägen trauen?

Zimmermann: Weil man zwischen Analysen und Prognosen bei der Politikberatung unterscheiden muss und es auf das Thema ankommt. Es gibt Dinge, die können wir recht gut prognostizieren, etwa die demografische Entwicklung. Wir wissen, dass die Bevölkerung in Deutschland etwa ab 2015 deutlich schrumpfen wird. Und es gibt ökonomische Zusammenhänge, die verstehen und beherrschen wir.

ZEIT: Wer zwei Ökonomen um Rat fragt, erhält drei Meinungen, so ein Sprichwort. Einige Ihrer Kollegen sagen, dass Konjunkturprogramme wirken, andere bezweifeln es.

Zimmermann: Natürlich gibt es unterschiedliche Einschätzungen. Es gibt aber auch Gesetzmäßigkeiten, die eindeutig sind. Wir können historisch belegen, dass Steuersenkungen nicht zu insgesamt höheren Staatseinnahmen führen, wie aus der Politik immer wieder zu hören ist. Wir wissen auch, dass Konjunkturprogramme in früheren Zeiten geholfen haben. Das bedeutet nicht, dass sie immer helfen, aber dass sie in bestimmten Situationen angebracht sein können.

ZEIT: Was folgt daraus für die Politikberatung?

Zimmermann: Wir müssen der Politik empirische Befunde an die Hand zu geben, statt Ideologien zu verbreiten.

ZEIT: Sie selbst gelten als neoliberal.

Zimmermann: Meine Ideologie besteht darin, keine Ideologie zu haben.

Die Fragen stellten **Marc Brost** und **Mark Schieritz**

Klaus Zimmermann leitet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)